

Antrag

der Abgeordneten Michael Neumann, Dr. Michael Naumann, Ingo Egloff, Dr. Martin Schäfer, Britta Ernst, Elke Badde, Jan Balcke, Ksenija Bekeris, Thomas Böwer, Ole Thorben Buschhüter, Wilfried Buss, Bülent Ciftlik, Gabriele Dobusch, Anja Domres, Dr. Andreas Dressel, Barbara Duden, Gunnar Eisold, Günter Frank, Andy Grote, Uwe Grund, Metin Hakverdi, Dirk Kienscherf, Rolf-Dieter Klooß, Martina Koeppen, Annegret Krischok, Philipp-Sebastian Kühn, Gerhard Lein, Arno Münster, Christel Oldenburg, Dr. Mathias Petersen, Thies Rabe, Wolfgang Rose, Andrea Rugbarth, Dr. Monika Schaal, Jana Schiedek, Stefan Schmitt, Sören Schumacher, Karl Schwinke, Dr. Dorothee Stapelfeldt, Carola Thimm, Karin Timmermann, Juliane Timmermann, Dr. Peter Tschentscher, Carola Veit und Thomas Völsch (SPD)

Betr.: Qualität der Pflege sichern: Flächendeckende Versorgung Hamburgs mit Pflegestützpunkten gut vorbereiten – Runder Tisch „Pflegestützpunkte“ für die Vorbereitung erforderlich

Die vom Deutschen Bundestag beschlossene Reform der Pflegeversicherung verbessert die Situation der Pflegebedürftigen, der Angehörigen, der Pflegekräfte sowie der Pflegeeinrichtungen, sie tritt am 1.7.2008 in Kraft. Bisher stellt die Vorbereitung und Organisation der Pflege eine große Belastung für die Angehörigen dar. Sie beklagen besonders den hohen organisatorischen und zeitlichen Aufwand der Pflegeplanung, Zum Beispiel die Entscheidungen der einzelnen Sozialleistungsträger und die Zusagen von Pflegediensten oder Pflegeheimen einzuholen. Es fehlen ganzheitliche Versorgungsstrukturen.

Die Pflegereform sieht vor, dass ab dem 1.1.2009 jeder Pflegebedürftige Anspruch auf Hilfe und Unterstützung durch einen Pflegeberater oder Pflegeberaterin hat. Dies setzt voraus, dass ein flächendeckendes Netz von Pflegestützpunkten entsteht, in denen sich möglichst alle Leistungsträger beteiligen (soziale und private Pflegeversicherung, Altenhilfe, Sozialhilfe und gesetzliche und private Krankenversicherung).

In den Pflegestützpunkten soll die Beratung über und die Vernetzung aller medizinisch pflegerischen Leistungen unter einem Dach gebündelt werden. Ein Pflegestützpunkt ist keine neue oder zusätzliche Behörde. Der Stützpunkt bildet das gemeinsame Dach, unter dem Personal der Pflege- und Krankenkassen, der Altenhilfe oder der Sozialhilfeträger den von Pflegebedürftigkeit Betroffenen ihre bisherigen Dienstleistungen vernetzt und aufeinander abgestimmt erläutern und vermitteln. Alle Angebote Rund-um-die-Pflege sollen erfasst sein, also zum Beispiel auch die örtliche Altenhilfe und die Hilfe zur Pflege nach dem Recht der Sozialhilfe. Darüber hinaus soll das Ehrenamt einbezogen werden. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen erhalten hier alle wichtigen Antragsformulare, Informationen und konkrete Hilfestellungen. Wenn man etwa eine Wohnung altengerecht umbauen möchte, berät der Pflegeberater über mögliche Zuschüsse der Pflegekasse. Wenn ein geeignetes Pflegeheim gesucht wird, hat der Pflegeberater den Überblick und kann helfen et cetera.

Pflegestützpunkte müssen ortsnahe und gut erreichbar im Wohnquartier errichtet werden, damit pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen das Beratungsangebot auch tatsächlich aufsuchen und nutzen können.

Der bundesweite Aufbau der Pflegestützpunkte wird über eine Anschubfinanzierung des Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung in Höhe von insgesamt 60 Millionen Euro gefördert. Pro Pflegestützpunkt kann der Aufbau mit einem Betrag von bis zu 45.000 Euro gefördert werden. Zusätzlich können 5.000 Euro zur Verfügung gestellt werden, wenn ehrenamtlich Tätige und Selbsthilfegruppen nachhaltig in die Tätigkeit des Pflegestützpunktes einbezogen werden. Für Hamburg ergibt sich ein potentiellles Förder-volumen von 1.506.012 Euro bei maximal 30 geförderten Pflegestützpunkten.

Um die Entstehung der Pflegestützpunkte vorzubereiten, hat das Bundesgesundheitsministerium den Aufbau von 16 Pilot-Pflegestützpunkten veranlasst, die mit je 30.000 Euro gefördert werden. Ziel ist es, modellhaft in allen Bundesländern Pflegestützpunkte und Pflegeberatung zu erproben. Mit der Koordination und Evaluation wurde das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) beauftragt, das Mitte 2008 dem Bundesgesundheitsministerium einen entsprechenden Bericht vorlegen wird. Für Hamburg erhielt das „Pflegetelefon Hamburg“ den Zuschlag.

Die Länder müssen ab dem 1.7.2008 die Entscheidung über die flächendeckende Versorgung mit Pflegestützpunkten jeweils einzeln treffen. Die Erfahrungen der Pilot-Pflegestützpunkte werden wertvolle Hinweise zu möglichen und sinnvollen Strukturen bieten. Notwendig sind jedoch weitere Vorbereitungen und Informationen, die Aufschluss darüber geben, an welchen Orten in Hamburg, welche geeigneten Träger oder Zusammenschlüsse von Trägern, anknüpfend an welchen bestehenden Strukturen, für wie viele Menschen Pflegestützpunkte entstehen sollen. Dies bedarf eines transparenten Entwicklungs- und Entscheidungsverfahrens, das von Anfang an alle beteiligten Sozialleistungsträger einbindet.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht:

1. Zur Vorbereitung der flächendeckenden Versorgung Hamburgs mit Pflegestützpunkten ein transparentes Entwicklungs- und Entscheidungsverfahren einzuleiten und durchzuführen, das von Anfang an alle beteiligten Sozialleistungsträger über einen „Runden Tisch Pflegestützpunkte“ einbindet und darüber berät
 - a) wie viele Pflegestützpunkte insgesamt in Hamburg einzurichten sind,
 - b) an welchen bestehenden Versorgungsstrukturen diese anknüpfen sollen,
 - c) welche Sozialleistungsträger oder Zusammenschlüsse von Trägern die einzelnen Pflegestützpunkte jeweils bilden sollen,
 - d) welche Planungen zur kommunalen Anbindung der Pflegestützpunkte jeweils sinnvoll sind,
 - e) wie viele Menschen jeweils durch die einzelnen Pflegestützpunkte versorgt werden sollen und können und
 - f) der – soweit schon möglich – die Erfahrungen des Hamburger Pilot-Pflegestützpunktes (Pflegetelefon Hamburg) aufgreift.
2. Der Hamburgischen Bürgerschaft bis zum 30.6.2008 über die Ergebnisse des „Runden Tisches Pflegestützpunkte“ und – sofern vorhanden – über weitere Vorbereitungen zur flächendeckende Versorgung Hamburgs mit Pflegestützpunkten zu berichten.